

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 20/2527

EKSH GmbH • Boschstraße 1 • 24118 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Finanzausschuss

Lars Harms
Vorsitzender des Finanzausschusses

per E-Mail an: finanzausschuss@landtag.ltsh.de

Prof. Dr.-Ing. Frank Osterwald

Tel.: 0431 363036-10
E-Mail: osterwald@eksh.org

Kiel, 12. Januar 2024

Einrichtung eines Transformationsfonds des Landes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/1589

Sehr geehrter Herr Harms,

per E-Mail vom 12.12.2023 wurde uns Gelegenheit zur folgenden Stellungnahme zum o. g. Antrag der Fraktion der SPD gegeben, welche wir hiermit gerne wahrnehmen. Als Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein (EKSH) beziehen wir uns auf die inhaltliche Ausgestaltung des Antrags. Die juristische Bewertung im Sinne von Artikel 61 Absatz 3 der Landesverfassung ist kein Bestandteil unserer Stellungnahme.

Die Umsetzung der Klimaziele inkl. der vereinbarten Meilensteine bis 2030 erfordert eine umfassende gesellschaftliche Transformation mit geeigneten Politikinstrumenten, die zur Größe der Aufgabe in Relation stehen müssen. Insofern begrüßen wir den Versuch, eine Gesamtschau der notwendigen Umstrukturierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge vorzulegen und was diese kosten wird. Sie bietet eine wertvolle Grundlage für eine aus unserer Sicht bisher mangelnde, aber dringend notwendige Diskussion und Kommunikation über den tatsächlichen Umfang der aus Sicht des Klimaschutzes erforderlichen Veränderungen. Im Einzelnen wird zu prüfen sein, wie die Strukturänderungen umsetzbar sind, mit welchem Zeithorizont, welchen Einzelmaßnahmen und in welcher Reihenfolge sowie aus welchen Finanzierungsquellen. Aus unserer Sicht wäre es lohnend, Änderungsbedarfe und Prioritäten vorab durch wissenschaftliche Fachexpertise weiter zu vertiefen. Im Rahmen dieser Analyse könnte auch jeweils näher bestimmt werden, welche Teilelemente eines Bereichs originär Landesaufgabe sind, welche dem Bund, der Europäischen Union oder den Kommunen bzw. anderen Akteuren zuzuordnen sind.

Neben dem Emissionshandel, dem Ordnungsrecht, der Raumplanung und der Kommunikation sind Anreize wie Steuererleichterungen oder Subventionen wichtige Bestandteile eines zukunftsorientierten Policy-Mixes. Der beantragte Transformationsfonds des Landes Schleswig-Holstein (TraFo.SH) nimmt vor allem die Subventionen in den Blick, um Treibhausgasemissionen in den Bereichen Energieversorgung, Mobilität, Infrastruktur und Wirtschaft zu reduzieren. Eine weitere lohnende Vertiefungsaufgabe bestünde in der Betrachtung des optimalen Zusammenspiels dieser verschiedenen Politikinstrumente. Schuldenaufnahme hätte den Vorteil, die Bürgerinnen und Bürger zunächst zu entlasten, würde aber künftigen Generationen Rückzahlungsverpflichtungen auferlegen. Insofern sollte sorgfältig abgewogen werden, welche Finanzierungsmittel wirklich als Investition in die

Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH (gemeinnützig)

Wissenschaftspark Kiel Boschstraße 1 24118 Kiel

Tel.: 0431 363036-00 E-Mail: info@eksh.org www.eksh.org

Geschäftsführer: Prof. Dr.-Ing. Frank Osterwald, Registergericht: Amtsgericht Kiel HRB 13434 KI

Zukunft betrachtet werden können, um das Prinzip der Generationengerechtigkeit in der Finanzpolitik nicht zu verletzen. Als vorausschauende Investition zur Verhinderung sehr viel größerer Kosten der Schadensbewältigung im Falle mangelnden Klimaschutzes (siehe Stern 2006) könnte eine zusätzliche Verschuldung allerdings durchaus ökonomisch begründet werden. Insofern sollte mithilfe der öffentlichen Ausgaben vorrangig eine nachhaltige Infrastruktur geschaffen werden, die zusätzliche private Investitionen und Engagements anreizt. Darüber hinaus sollte der TraFo.SH einen Teil des Budgets für begleitende Forschung und (Weiter-)Entwicklung emissionsreduzierender Technologien bereitstellen, um die Erreichung der Klimaziele mithilfe von Innovationen zu unterstützen, das erlangte Wissen in die Qualifizierung von Fachkräften einfließen zu lassen und einen Rahmen für zukunftsgerichtete Industrieansiedlungen im Land zu schaffen.

Inhaltlich ist uns noch aufgefallen: Obwohl die Landwirtschaft über 20 Prozent der Treibhausgase des Landes verursacht und somit zur diskutierten Notlage beiträgt, findet der Sektor keine Berücksichtigung in der Programmierung des beantragten Sondervermögens. Insbesondere Strategien zur Wiedervernässung der Moore, zur fleischreduzierten Ernährung und zum Umbau der Nutztierhaltung sind notwendige Bausteine für ein klimaneutrales Schleswig-Holsteins (siehe Grethe et al. 2021).

Insgesamt begrüßt die EKSH die mit dem Antrag verfolgte Idee einer zusammenhängenden Finanzbedarfsschätzung für die Erreichung der Klimaziele sowie notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen in Schleswig-Holstein. Wir empfehlen, kurzfristig ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag zu geben, um die Aufgaben zu priorisieren und die Wirkung der Ausgaben zu optimieren. Mittel- und langfristige Investitionen für die Förderung von Forschung und Entwicklung klimaneutraler Technologien sollten dauerhaft im Haushalt verankert werden, um die Planbarkeit von F&E-Vorhaben sowie die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu verbessern.

Für Fragen zur weiteren Unterstützung stehen meine Kollegen, Herr Dr. Popp (popp@eksh.org), Herr Dr. Wortmann (wortmann@eksh.org) und ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Vielen Dank für die Möglichkeit zum Antrag Stellung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Prof. Dr.-Ing. Frank Osterwald
Geschäftsführer

Quellen:

Grethe, H., et al. (2021), "Klimaschutz im Agrar-und Ernährungssystem Deutschlands: Die drei zentralen Handlungsfelder auf dem Weg zur Klimaneutralität." (2021).
[Klimaneutralität Landwirtschaft Gutachten.pdf \(uni-goettingen.de\)](#)

Stern, N. (2006), „Stern review: the economics of climate change“
https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/ukgwa/20100407172811/https://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm